Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 3

Artikel: Probleme der Bildungs- und Medienpolitik
Autor: Bretscher, Georges
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338657

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Georges Bretscher

Probleme der Bildungs- und Medienpolitik

In letzter Zeit haben sowohl Bildungs- als auch Medienfragen das politische Geschehen in der Schweiz stark geprägt. Erinnern wir uns nur an die Debatten im Bundeshaus, die den Bildungsartikel zum Gegenstand hatten, und an den Staub, den die SVP-«Dokumentation» über das Fernsehen aufgewirbelt hat. Die beiden Themen sind natürlich noch längst nicht ausgeschöpft. Es scheint – und ist auch zu hoffen –, dass die Auseinandersetzung um diese Fragen weitergehen und verstärkte Beachtung in der Öffentlichkeit finden werden.

Gerade für die Sozialdemokratische Partei bilden die Themen «Bildung» und «Pressefreiheit» – wenn wir vorläufig einmal bei diesem traditionellen Begriff bleiben wollen – ganz zentrale Punkte ihrer politischen Zukunft. Da ich in zahlreichen Gesprächen mit Parteimitgliedern auf allen Ebenen den Eindruck gewonnen habe, die Materie werde oft nicht ganz durchschaut, möchte ich versuchen, die enge Verflechtung der beiden Bereiche kurz zu beleuchten und einige wesentliche Punkte in Erinnerung zu rufen.

Was ist «Bildung»?

Es gibt nur wenige Begriffe, die so verschwommen sind und so verschiedenartig interpretiert werden wie «Bildung». Ich gehe hier von einem umfassenden Verständnis *politischer* Bildung aus, wobei als «politisch» all das gelten soll, was das gesellschaftliche Leben mit seinen Spannungsverhältnissen betrifft. Unter «Bildung» verstehen wir demnach eine individuelle Entwicklung, die zu den folgenden vier «Fähigkeiten» führen soll:

1. Der Fähigkeit, neue Fakten, Ideen und gesellschaftliche Kräfte zu erkennen.
2. Der Fähigkeit, diese Tatsachen in einen Bezugsrahmen setzen zu können, Einzelfakten sinnvoll miteinander zu verbinden.
3. Der Fähigkeit, unter Umständen alte Wertvorstellungen und Einstellungen modifizieren zu können oder sogar ganz fallenzulassen.
4. Der Fähigkeit, neue Fakten für sich persönlich sinnvoll deuten zu können und – falls erforderlich – seine Interessen adäquat und effektvoll ins Spiel zu bringen.

Wenn man die vier Punkte betrachtet, die so wenig mit «Ausbildung» zu tun haben, muss einleuchten, dass wir in der Schweiz von einem eigentlichen «Bildungsnotstand» reden dürfen. Der Zulauf, den die neueren Rechtsparteien in den letzten Jahren genossen haben, ist eine Ausdrucksform des Notstandes. Er äussert sich hier im verbreiteten Gefühl, in einer komplizierten gesellschaftlichen Entwicklung unterzugehen. Man darf dabei ruhig von einem Fluchtverhalten sprechen: Die gesellschaftlichen Ver-

hältnisse wirken undurchsichtig, sind nicht mehr zu deuten, man sieht sich einer rasanten technologischen und sozialen Entwicklung wehrlos ausgeliefert. Bietet sich nun jemand mit einem leicht verständlichen Patentrezept an, alles, was einem da ängstigt, auf einen Schlag lösen zu können, ohne dabei auf komplizierte Massnahmen zurückgreifen zu müssen («Ausländer 'raus», «Besinnung auf den alten Schweizergeist»), nimmt man die Orientierungshilfe dankbar an. Der von Problemen und Unverständlichem Überrollte verschanzt sich hinter isolationistischem, autoritärem Gedankengut.

Ich brauche nicht zu erwähnen, welche Auswirkungen solche Prozesse in der traditionellen Wählerschaft der Linksparteien nach sich ziehen. Ausgerechnet in jener politischen Gruppe, die sich der Veränderung bestehender Gesellschaftsstrukturen verschrieben hat. Der Anspruch der Parteiführung, die Interessen dieser Bevölkerungsschichten zu vertreten, wird damit von der Basis her zunichte gemacht.

Die Bekämpfung des rechtsradikalen, konservativen Gedankengutes, das auf die Bewahrung des Status quo oder auf die Rückkehr zu einstigen, fiktiven Idyllen ausgerichtet ist, kann nur zu einem geringen Teil mittels Aufkläraktionen und Ausbildungsprogrammen geschehen. Ungleich wichtiger ist die Schaffung gesellschaftlicher Verhältnisse, die den Bildungsnotstand an der Wurzel anpacken. Es herrscht zwar keine Einigkeit darüber, was «Bildung» genau heisst, sicher ist jedoch die Tatsache, dass es «bildungsfeindliche» und «bildungsfreundliche» Klimata gibt.

Bildung und Informationsfreiheit

Einen eminent wichtigen «Klimafaktor» im erwähnten Sinn stellt die Kommunikationspolitik dar, die in einer Gesellschaft betrieben wird. Es gilt in der Publizistik und in den Medien jene kommunikativen Bedingungen zu schaffen, die den vorgängig erwähnten vier Bildungskomponenten günstig sind. Wir beschränken uns dabei bewusst auf einige aktuelle und hängige Fragen in der schweizerischen Massenmedien-Politik*.

Als erstes wäre hier der in der Verfassung verankerte und etwas überalterte Begriff der «Pressefreiheit» zu nennen, der – wie auch die «Meinungsfreiheit» – den heutigen Verhältnissen im Medienwesen nicht mehr Rechnung trägt. Seit der Formulierung dieser einschlägigen Verfassungsartikel sind neue, dominante Medien entstanden: Radio, Fernsehen, Film, Kassette usw., und man darf für die Zukunft mit noch weit bedeutenderen Umwälzungen rechnen. In Kreisen der Kommunikationswissenschaft wird daher vorgeschlagen, den neueren Begriff der «Informationsfreiheit» ein-

* Unmittelbare, zwischenmenschliche Kontakte (die sogenannte «Primärkommunikation») sind selbstverständlich mindestens so bildungsrelevant wie die Massenkommunikation, da der wechselseitige und unmittelbare Dialog grössere Wahrscheinlichkeiten zu Meinungs- und Einstellungsänderungen in sich birgt. Ein Exkurs über den primärkommunikativen Bereich würde an dieser Stelle jedoch zu weit führen.

zuführen. Unter echten demokratischen Verhältnissen bedeutet dieses Grundrecht, jederzeit publizistisch an die Öffentlichkeit gelangen zu können, ohne dabei von wirtschaftlichen oder politischen Zwängen beengt zu werden. Gleichzeitig bedeutet Informationsfreiheit natürlich auch – und das ist der eigentliche Kernpunkt dieses Begriffs – die permanente Möglichkeit, jegliche Information zu erhalten. Zu diesem, in der Schweiz in weit schwächerem Ausmass erfüllten Postulat, als gemeinhin angenommen wird, tritt die sozialwissenschaftlich begründete Forderung, dass der Zugang zu relevanten Informationen nicht nur *möglich,* sondern auch *wahrscheinlich* sein muss. Ohne die Bedingung, mit hoher Wahrscheinlichkeit die individuell wichtigen Informationen zu erhalten, bleibt Demokratie, die auf offene Meinungsbildungsprozesse angewiesen ist, ein Fernziel. Das gilt auch für die relativ offenen soziologischen Strukturen der schweizerischen Gesellschaft.

Mir scheint, dass wir heute in diesen Belangen in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Ausgelöst wurde die Diskussion durch verschiedene Ereignisse: Die medienpolitischen Druckversuche der SVP, die ein schon lange schwelendes, verbreitetes Unbehagen gewisser Kreise zum Ausdruck brachten. Die «Diktatur des Patriotismus» zeigte einmal mehr ihre Auswüchse, als Journalisten wegen einer Publikation angeblicher militärischer «Geheimnisse» verurteilt wurden. Filmzensur, Pornographieverbote und gegen Schülerzeitungen anrennende Bundesanwälte sind weitere Erscheinungen eines falschen Informationsverständnisses.

Informationsfreiheit, wie wir sie verstehen, stellt eine unabdingbare Voraussetzung für die Bildung breiterer Bevölkerungsschichten dar. Um neue Einsichten zu erhalten oder Einstellungsänderungen vornehmen zu können, müssen auch entsprechende neue Informationen und Kenntnisse in den Gesichtskreis einer Person gelangen. Man kann seine Umwelt nur sinnvoll deuten, wenn man über sie zureichend und verständlich informiert wird. Seine Umgebung sinnvoll zu deuten und realitätsgerecht zu handeln, ist ausserdem nur auf Grund widersprüchlicher Informationen möglich. Denn die Realität *ist* nichts Ausgewogenes, Harmonisches. Es gibt keine Wahrheit schlechthin.

Das Fernsehen als Extremfall

Breite Schichten unserer Bevölkerung beziehen heute einen Grossteil ihrer Informationen – ich möchte fast sagen ihr «Weltbild» – aus dem Fernsehen. Nun ist aber gerade dieses Medium heute weit davon entfernt, realitätsgerechte, bildungsfreundliche Informationen zu verbreiten. Man braucht da gar nicht an Kriminal- und Westernfilme, «Familienserien» oder Quiz zu denken. Erwiesenermassen kommt die Nachrichtensendung, die Tagesschau, verbreiteten Unterhaltungsbedürfnissen entgegen. Man stelle sich einmal das Bild vor, das sich jemand von gesellschaftlichen Zusammenhängen macht, wenn er seine Informationen fast ausschliess-

lich der allabendlichen «Show» entnimmt. Der Bezug zur alltäglichen Realität des Zuschauers fehlt weitgehend. Man verwechselt Köpfe mit Politik, den Galaempfang mit der Sache.

Solche Auswirkungen liegen einerseits in der Natur des Mediums begründet, andererseits stellt sich die Irrealität der Fernsehinformation als eine Folge medienpolitischer Entscheidungen dar. Man verlangt von den Journalisten eine «ausgewogene Berichterstattung», man möchte ein «Gleichgewicht der Meinungen» erreichen, «objektive Informationen» erhalten, man ruft nach Publizisten, die eine nicht näher umschriebene «Sorgfaltspflicht» nicht verletzen. Als ob sich das einfach so mit Paragraphen festlegen liesse, als ob die Realität immer «ausgewogen» wäre. Solche Forderungen, insbesondere wenn sie aus bestimmten politischen Blickwinkeln heraus aufgestellt werden, sind suspekt. Sie verunsichern den Programmschaffenden in seiner Arbeit und erschweren ihm seine ohnehin nicht leichte Aufgabe in unerträglicher Weise. Vor allem wird er aber darin beschnitten, seine Bildungsfunktion auszuüben. Er darf nicht das mitteilen, was er mit seinem professionellen Sensorium für gesellschaftsrelevante Information hält, er wird zur Ausarbeitung «entschärfter» Fliessbandproduktionen angehalten.

Treffen Zwänge der beschriebenen Art in den öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Malaise im privaten Pressewesen zusammen (zum Beispiel Pressekonzentration), wird die Informationsfreiheit empfindlich geschmälert. Eine weitere Gefahr stellt die Entwicklung dar, dass sich aus dem ursprünglich an eine Allgemeinheit richtenden Medienspektrum in zunehmendem Mass elitäre und spezialisierte Informationskanäle absondern. Fakten, die eigentlich einer breiten Schicht zur Kenntnis gelangen sollten, zirkulieren nur in elitären Zirkeln und gesellschaftlichen Subgruppen. Die sozialdemokratischen Informationsnetze bilden da keine Ausnahme.

Die Aufgaben des Politikers

Was kann der Politiker gegen den geschilderten Bildungsnotstand unternehmen, insofern dieser auf medienpolitischen Entscheidungen beruht?

Als erstes müsste sich bei ihm die Erkenntnis durchsetzen, dass es unsinnig ist, vom Bild einer Frontenstellung zwischen Politik und Publizistik auszugehen. Dieser «Grabenkrieg» mit seinen sich häufenden Schusswechseln darf nicht weitergehen. Katastrophal wäre die «Lösung», den Stellungskrieg offensiv zu beenden. Eine Beherrschung der Medien durch Politiker ist unerwünscht, «Offensiv»-Aktionen entspringen einem kurzsichtigen und undemokratischen Denken. Vor den Bestrebungen, die Publizistik «in den Griff zu bekommen», kann nicht genug gewarnt werden. Es geht dabei um nichts anderes als um die Ausdehnung von Macht auf einen Bereich, der in einer demokratischen Gesellschaftsordnung das letztlich einzige Gegengewicht zur Macht des Politikers darstellt.

Was dem Politiker, der Interesse am Abbau unseres Bildungsnotstandes hat, in dieser Lage zu tun bleibt, kann klar formuliert werden: Er hat seine Machtmittel so einzusetzen, dass dem einzelnen Publizisten ein maximaler Entscheidungsspielraum über seine Produktionen zur Verfügung steht. Der Journalist muss vor jeder Spielart wirtschaftlicher und politischer Pression geschützt werden. Innerhalb der Medienorganisationen ist auf eine grösstmögliche Demokratisierung hinzuarbeiten. Die Etablierung von personellen Lobbys oder hierarchischen Verhältnissen muss verhindert werden. Dies ist bisher, wenn überhaupt, nur zufällig geschehen. Die beispielsweise im Lauf des letzten Jahres entdeckte Tatsache, dass die Mehrheit der Tagesschau-Mitarbeiter am Fernsehen «linksorientiert» sind, halte ich nur deshalb nicht für einen Verstoss gegen die Informationsfreiheit, weil der ebenfalls festgestellte rasche Personalwechsel und das offensichtliche Fehlen einer «Fernsteuerung» die Ausformung einer «pressure group» verhindert hat. Keinem Vertreter einer anderen Weltanschauung ist daher die Mitarbeit je erschwert worden. Es scheint mir wichtig, dass die verantwortlichen Politiker die in solchen Fällen zutage tretenden, die Informationsfreiheit fördernden Mechanismen erkennen und in künftigen Mediendiskussionen gezielt einsetzen.

Nur wer frei von Druckversuchen zu Erkenntnissen gelangen kann, ist auch in der Lage, Grundlagen für Erkenntnisse in breiten sozialen Schichten zu vermitteln. Nur wer seine persönlichen, alltäglichen Anliegen in seiner Arbeit zur Geltung bringen darf, ist dazu befähigt, ein alltagsrelevantes, deutbares und persönlich sinnvolles Bild unserer Gesellschaft entstehen zu lassen oder – eben! – zu «bilden». Der Politiker, so könnte man es vielleicht formulieren, hat in bezug auf den Publizisten seine Macht in der Form von Ohnmacht auszuspielen. Das gilt auch für «linke» Machtansprüche im Medienwesen.

Das Erkennen der Zusammenhänge zwischen Bildung und Informationsfreiheit, verbunden mit entsprechendem konsequentem politischem Handeln, ist für eine Partei, die eine demokratische Veränderung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse anstrebt, eine Lebensfrage.

Als ebenso wichtig wie die Unabhängigkeit des Rundfunkwesens nach aussen wird schliesslich der innere demokratische Aufbau der Sendebetriebe bezeichnet. Dies bedeutet vor allem eine Einschränkung des Intendanten-Weisungsrechtes sowie die Ersetzung des hierarchischen Aufbaus im Redaktionsbereich durch Formen des Kollegialprinzips, also die Institutionalisierung von Redaktionsstatuten auch in den Funkhäusern.

Hans Heinz Fabris in «Die Zukunft»